

Einmal wöchentlich, Bezugspreis: 1. August 2 R. M. auswärts, Postgebühren, Berechnung der Anzeigen nach Zeit- und Raum, Preise: Die eingetragene Zeitungsnummer 20 S., f. Familien- u. Vereinsabz., Besuche 20 S., Die Zeitungsnummer 20 S., bei Lieferung d. d. Post außerdem Porto- aufschlag, Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mark, Geschäftslicher Teil: Josef Hochmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Auslieferungen u. Leistung v. Schadenersatz für unbedeutlich u. d. Ferner übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung, Unverlangt eingelaufene u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt, Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags, Hauptverleger: Dr. Josef Albert, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftliche der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Druckerei GmbH, Dresden-K. 10, Holbeinstraße 46, Fernruf 2272, 2400, Telefontaxi Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-K. 10, Holbeinstraße 46, Fernruf 2272, 2400, Telefontaxi Dresden 14797

## Vor der Abstimmung

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Trotzdem sich inzwischen in der politischen und parlamentarischen Situation noch nichts geändert hat, gewinnt die Aussicht immer mehr an Boden, daß die Londoner Abmachungen schließlich doch vom Reichstage angenommen werden. Die Deutschnationalen beabsichtigen zu den Einzelgesetzen noch Änderungsanträge einzubringen. Da es sich indessen bei den Gesetzen gewissermaßen um Staatsverträge handelt, die mit der Gegenseite schon in allen Einzelheiten vereinbart sind, also nur noch als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden können, würden Anträge auf Abänderung dieser Gesetzesbestimmungen überhaupt nicht zulässig sein. Wünsche und Forderungen der Parteien können nur in Gestalt von Resolutionen noch zum Ausdruck gebracht werden, die der Regierung dann zur Berücksichtigung überwiesen würden.

Die Entschliessung ist für die Deutschnationalen aus den verschiedensten Gründen ungemein schwierig. Zunächst ist es politisch von prinzipieller Bedeutung, wenn die Londoner Abmachungen angenommen werden und zwar im Hinblick auf künftige innerpolitische Auswirkungen. Es würde ganz zweifellos eine Festigung der gegenwärtigen staatspolitischen Verhältnisse und damit auch der Verfassung und der jetzigen Staatsform zu erwarten sein, wenn als Folge der Londoner Abmachungen eine Epoche der inneren Ruhe, der politischen und der wirtschaftlichen Gesundung sich anbahnen würde. Sodann aber ist den Deutschnationalen kein Zweifel darüber gelassen worden, daß über die wichtigen und von der Landwirtschaft mit Nachdruck geforderten Forderungen keine Entscheidung zu erwarten wäre, wenn die Deutschnationalen jetzt die Londoner Abmachungen zu Fall brächten. Ferner stellt sich immer mehr heraus, daß die Deutschnationalen bei ihrer ablehnenden Haltung isoliert sind, da die Entschliessung über das Londoner Abkommen keine Parteifrage sondern eine überparteiliche Angelegenheit geworden ist. Ohne Unterschied der Partei haben Wirtschaftler, Industrielle, Handel, Handwerk, Beamte, Arbeiter, Landwirtschaft und dergleichen, und zwar Vertreter all dieser Organisationen ohne Unterschied der Parteien für die Annahme des Abkommens bei dem Reichstage sich eingestellt.

Das Ergebnis dürfte also wahrscheinlich dadurch erheblich beeinflusst werden, daß die Deutschnationalen einmal die Abstimmung freigegeben, daß sie zum zweiten aber auch die Abstimmung selber noch abhängig machen von dem Resultat der Fühlungnahme, die gegenwärtig im Gange ist. Die Deutschnationalen wünschen, in Anträgen oder Resolutionen ihre Forderungen zur Geltung zu bringen und darüber hinaus Zusagen zu erhalten, daß sie bei der Ausführung der Londoner Abmachungen in irgendeiner Weise an den Regierungsgeschäften beteiligt werden. Die Dinge stehen so, daß wenn bis Donnerstag eine weitestgehend grundsätzliche Vereinbarung der Parteien über eine solche Beteiligung der Deutschnationalen an einer Erweiterung der Regierungsbasis zustande käme, die Deutschnationalen zum größten Teil sich für die Abmachungen aussprechen würden.

Ganz unbefriedigt von diesen Dingen die sich gegenwärtig inoffiziell vorbereiten, sind die Maßnahmen, die von den verschiedenen Parteien, insbesondere von dem Zentrum zur Vorbereitung der Neuwahlen bereits getroffen werden. Es hat besonders Eindruck bei allen Parteien gemacht, daß die dem Reichstanzler zunächst stehende Partei bereits einen Ausschuss eingesetzt hat, um die Neuwahlen in die Wege zu leiten.

Verworrenheit und Unklarheit führt notwendig zu Spannung und auch zu Nervosität. Je näher die entscheidende Abstimmung im Reichstage rückt, umso gespannter wird die Lage, umso mannigfacher werden aber auch die Bemühungen, möglichst hell aus der Affäre herauszukommen. In der Klemme sind diesmal die Parteien, die ihre Parteimeinungen noch immer über die realpolitische Betrachtung der Dinge und über die staatspolitischen Notwendigkeiten gestellt haben. Die realpolitische Betrachtungsweise beginnt sich in sämtlichen Wirtschaftskreisen energisch durchzusetzen. Längeres Verharren in der Opposition kann vor allem der Deutschnationalen Partei nur zum Nachteil ausschlagen. Die führenden Männer der Rechten sehen diese Zusammenhänge ganz genau. Eine plötzliche Umkehr, eine gewisse Kapitulation vor der Staatspolitik, aber dazwischen man einem andern Teil der Wählermassen, die nur die Opposition wollen, nicht so leicht klar zu machen. Um diese gewiß peinliche Lage sind die Deutschnationalen wahrlich nicht zu beneiden. Ihre Fühlungnahme flattert unruhig bald nach dieser, bald nach jener Richtung. Für die Deutschnationalen ist die bevorstehende Abstimmung im Reichstage von schicksalsschwerster Bedeutung.

In dieser schwülen Atmosphäre sollte allem Anschein nach der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung bereinigt werden, der darauf hinausläuft, kurzweg den verfassungswidrigen Charakter des Eisenbahngesetzes aufzuheben und somit für die Annahme sämtlicher London-Gesetze die einfache Stimmenmehrheit für ausreichend zu erklären. Wir können uns sehr wohl denken, daß damit gerade den Deutschnationalen mehr als ein Stein von ihrem parteipolitischen Herzen fallen würde. Sie wären aus allen Bestimmungen gerettet. Sie könnten dann aber auch weiter wie bisher mit der billigen Phrase haufieren gehen, daß dieses ihr parteipolitische Satz einzig und allein für das Vaterland schlage, während sie

## Prüfgeleien im Reichstag

### Zumuffzonen

(Drahtbericht unserer Berliner Vertretung)

Berlin, 27. August.

In der heutigen Reichstagsitzung kam es bei der Behandlung eines kommunistischen Antrages auf Zulassung eines ausgedehnten und inhaftierten Abgeordneten zu starken Zwischenfällen und Schlägereien zwischen Kommunisten und dem Abgeordneten Brodau. Die Abgeordneten Hölein und Koenen schlugen mit Häufen auf die demokratischen Abgeordneten ein, die Brodau zu schützen suchten. Es entstand ein großer Tumult und eine regelrechte Prügelei. Die Tribünenbesucher ließen Plurufe ertönen. Der Präsident mußte die Sitzung schließen; um 12,10 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet.

### Bankgesetz und Industrieobligationen

Die Fortsetzung der Reichstagsdebatten.

Berlin, 27. August.

Bei der Beratung der Bankgesetze trat gestern der Abg. Reil (Soz.) den Ausführungen des deutschnationalen Redners entgegen. In klaren und scharfen Ausführungen widersprach dann der Abg. Lammer (Ztr.) der im Volke verbreiteten Auffassung, daß nach dem Verschwinden der Rentenmark die neue Währung nicht stabil sein werde. Heftig habe nicht die Opposition um jeden Preis gewollt. Man müsse das praktische reale Interesse im gegebenen Augenblick voranstellen. Eine große Anzahl von Krediten werde sofort hinfällig, wenn die Gesetze nicht angenommen würden.

Der Abg. Kay (Komm.) bezeichnete die Vorlage als eine Auslieferung des deutschen Volkes an das ausbeutende Weltkapital. Der Abg. Feder (Nat.-Soz.) wiederholte diese Behauptung, nur sprach er selbstverständlich von dem internationalen jüdischen Kapital.

Reichswirtschaftsminister Hamm betonte, die Rentenmark könne auf sich allein gestellt, nicht die stabile Währung darstellen. Der Reichsbankpräsident habe persönlich ein großes Verdienst an der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung. Es sei keine Rede davon, daß die deutsche Reichsbank ins Ausland ausgeliefert werde. Bei der Beratung der Vorlage über die

### Industrieobligation

betont der Abg. Graf Bernstorff (Dem.), es sei besser, ohne lange Reden und parteipolitische Auseinandersetzungen möglichst schnell zur Annahme zu kommen, die eine nationale Notwendigkeit sei. Wenn die Deutschnationalen mit dem Außenminister der Meinung seien, London bedeute den Anfang der Befreiung für die Ruhr, dann dürften sie sich auch nicht weigern, den ersten Schritt zu dieser Befreiung mit der Annahme der Vorlage zu tun. Für einen guten Deutschen könne es tatsächlich unmöglich sein, am Donnerstag mit Nein zu stimmen.

Frau Sender (Soz.) erinnerte an die Ausrufung des Außenministers Dr. Stresemann, daß bei Annahme des Gutachtens auch die Annahme für die politischen Gegebenheiten auf das unbesetzte Deutschland ausgedehnt werden solle. Diese Erklärung müßte die Regierung auch im Plenum wiederholen, damit die Folgen der Ablehnung im Volke bekannt würden. Zum

### Reichsbahngesetz

hatte inzwischen die Wirtschaftliche Vereinigung einen Antrag eingebracht, nach dem in der Einleitung des Gesetzeswortes die Worte: "Nach Erfüllung der verfassungsmäßigen Vorbedingungen" gestrichen werden soll. Eine einfache Mehrheit würde dann für die Annahme des Eisenbahngesetzes genügen.

Den Abschluß der Debatte bildete eine große Rede des Abg. Dr. Kosenberg (Komm.), der feststellte, daß an dieser ganzen letzten Debatte die Deutschnationalen sich nicht beteiligt hätten. Sie seien offenbar durch die Verhandlungen mit den Mittelparteien bereits um Infallen gebracht worden. (Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Im Reichsbahngesetz wie in den übrigen Teilen des Gutachtens sei die deutsche Leistungsfähigkeit phantastisch überschätzt worden, mit dem Hintergedanken, von Sanktionen bei Nichterfüllung. Die Anträge zur Sicherung der Beamtenrechte seien nur fromme Wünsche, denn das Reich habe bei der Reichsbahn nichts mehr zu sagen.

Noch vor Schluß der Sitzung waren bei dem Reichstagspräsidenten eine Anzahl von Anträgen eingelaufen, die es offenbar den Deutschnationalen ermöglichen sollen, den

Gutachtensgesetzen zuzustimmen. Die Forderungen der Deutschnationalen in dieser Beziehung waren: 1. Die Festlegung der Räumung der Kölner Zone für den 10. Januar 1925. Die Durchsetzung früherer Räumungsfristen für das Ruhr- und Sanktionsgebiet. 3. Die lokale Durchführung des Rheinlandabkommens. 4. Die Befreiung der handelsvertraglichen Verhandlungen von dem Druck, der bei Fortdauer der Besetzung geübt werden könnte. 5. Die Garantie dafür, daß die Gesetze für das Danesogutachten nicht durchgelassen werden, ehe die 800-Millionen-Anleihe gesichert ist. 6. Die Kriegsschuldfrage. — Einen Teil dieser politischen Forderungen der Rechten hat die Deutsche Volkspartei zum Gegenstand eines Antrages gemacht, derart, daß die Regierung wegen der Sicherung der Durchführung des Sachverständigengutachtens um die Durchführung dieser politischen Forderungen ersucht wird.

Eine Entschliessung v. Guérard (Ztr.) ersucht die Regierung, auf eine Revision aller Anordnungen der Rheinlandkommission und auf die Zurückführung des Okkupationsregimes auf das für die Sicherung der Besatzungsgruppen unerlässliche Maß hinzuwirken.

Die Abgeordneten Dr. Brüning (Ztr.) und Groß (Ztr.) verlangen Sicherung der Beamtenrechte des Personals der neuen Reichsbahngesellschaft. Sie beantragen u. a. die unänderebare Anstellung der Beamten, dauernde materielle und rechtliche Gleichstellung der Reichsbahnbeamten mit den Reichsbeamten und Verpflichtung zur Unterbringung der in den Vorruhestand versetzten oder ausgeschiedenen leistungsfähigen Beamten.

Von der Deutschen Volkspartei liegt weiter eine Entschliessung vor, in der erklärt wird, daß die Annahme des Londoner Paktes keine Erneuerung des Anrechnungsrechtes der Schuld Deutschlands am Weltkriege bedeute, daß vielmehr lediglich Einspruch gegen das im Versailler Vertrag über die Kriegsschuld geäußerte falsche Urteil erhoben wird.

Von deutschnationaler Seite werden freilich alle diese Anträge für vollständig ungenügend gehalten. Die Deutschnationalen könnten sich mit diesen Anträgen auf keinen Fall zufrieden geben, weil in diesen nur eine Aufforderung an die Regierung ausgesprochen sei. Die Deutschnationalen verlangen dagegen, daß die Erreichung der in den Anträgen vorgeschriebenen Ziele als Bedingung für das Inkrafttreten des Mantelgesetzes und der Gesetzentwürfe aufgestellt werden. Insbesondere stehen die Deutschnationalen auf dem Standpunkt, daß bei oder vor Ratifizierung des Londoner Abkommens das Schuldkenntnis zurückgewiesen werde.

Von den Sozialdemokraten ist namentlich die Abstimmung über den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragt worden, nachdem über das Reichsbahngesetz mit einfacher Mehrheit entschieden werden soll. — Das

### Reichshabineil

Ist gestern abend nach der Plenarsitzung des Reichstages in einer Beratung zusammengetreten, in der es sich in erster Linie um den Antrag Vredt wegen der Aufhebung des verfassungsändernden Charakters des Eisenbahngesetzes handelte. Die Juristen beurteilen dieses Gesetz betreffend seines verfassungsändernden Charakters nicht einheitlich. Die Regierung hat sich jedoch von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß nach für dieses Gesetz eine Zweidrittelmehrheit vorliegen müsse. Dieser Standpunkt ist in der gestrigen Sittenkommission bestätigt worden, so daß der Antrag Vredt von der Regierung nicht gebilligt werden wird.

Es ist anzunehmen, daß der ganze morgige Tag, nach dem die zweite Lesung der Gesetzesentwürfe in Anspruch genommen wird. In parlamentarischen Kreisen zweifelt man nicht daran, daß die Schlussabstimmung, wie vorausgesehen, am Donnerstag stattfinden kann.

## Ablehnung nicht zu verantworten

Köln, 27. August. Die Industrie- und Handelskammer Köln richtete als Geschäftsführer in der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des besetzten Gebietes an die Deutschnationalen Volkspartei, zu Händen des Reichstagsabgeordneten Bergt ein Telegramm in dem es u. a. heißt:

Wenn trotz alledem ihre Resolution auf ihren ablehnenden Standpunkt glaubt verharren zu müssen, so rufen wir Ihnen im Namen der Industrie- und Handelskammern des besetzten Gebietes in letzter Stunde noch einmal zu, über alle berechtigten schwereren Bedenken hinweg die Annahme der Londoner Abmachungen, die zur Befreiung der besetzten Gebiete führen, zu billigen. Die Folgen einer Ablehnung in finanzieller und wirtschaftlicher, innen- und außenpolitischer Hinsicht sind unabsehbar. Die Befreiung des Rhein- und Ruhrgebietes wird dann wieder

des Reiches erhalten und nach dem Zusammenbruch eine neue Zukunft aufgebaut haben. Wer für Deutschlands Zukunft ist, muß diesmal Farbe bekennen. Es wäre ein nicht zu unterschätzender Vorseherfolg der Londoner Konferenz, wenn sie nicht nur außenpolitisch eine neue friedlichere Einstellung der Staaten untereinander eingeleitet, sondern auch innerpolitisch in der gleichen Richtung gewirkt hätte. Nach auch wie innen gilt es heute, die Gegensätze auszugleichen und auf breiterer Basis die Zusammenarbeit aller echten „Patrioten“ zu ermöglichen, unserem Vaterland zum Heile und uns allen zum Frieden!